

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 176 (2010)

Heft: 08

Artikel: Das Elend der Angriffs- und Besatzungsgruppen

Autor: Ramseyer, Niklaus

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-131181>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Elend der Angriffs- und Besatzungstruppen

Die defensive Armee eines neutralen Kleinstaates hat mit Besatzungstruppen kriegerischer Grossmächte wenig gemeinsam. Sie kann von diesen kaum lernen. Militärische «Kooperation» mit Grossmächten führt Kleinstaaten auch nie in eine echte «Partnerschaft», sondern schnell in Abhängigkeit und Unterstellung.

Niklaus Ramseyer

Milizoffiziere der Schweizer Armee waren schon an den Armeetagen 2006 in Thun schockiert, als Grenadiere zur Demonstration ihres Könnens nicht feindliche Stellungen angriffen, sondern Privathäuser. Sie brachen in Wohnungen ein und entführten mit «robuster» Brutalität «verdächtigte» Zivilisten. Das Publikum wunderte sich: «Sind wir denn hier in Kandahar?»

Besetzungsarmee im eigenen Land

Zwei Obersten haben in der ASMZ 05/2010 nun ihre theoretischen Grundlagen für solche Übungen nachgeliefert. Sie versuchten dabei, «den Verteidigungsbegriff» derart «neu zu definieren», dass die Schweizer Armee im eigenen Land gegen Schweizer Widerstandsnester Krieg führen – und die Bevölkerung mit «Crowd and Riot Control» (sic!) unter der Knute halten würde.

«Die «neue Definition der Verteidigung» ist nichts anderes, als die ins Inland zurückverlegte Taktik weltweit operierender Besatzungstruppen.»

Eine solche Definition der «modernen Verteidigung» ist verfehlt: Sie ist nichts anderes, als die ins Inland zurückverlegte Taktik weltweit operierender Besatzungsarmeen. Das begann unter dem schwachen Verteidigungsminister Adolf Ogi damit, dass aus der «Schweizer Armee»

eine entwurzelte «Armee XXI» wurde, die «modular» irgendwo gegen irgendwen eingesetzt werden sollte. Es ging weiter mit dem Ansinnen seines Nachfolgers Samuel Schmid, zwei Truppen-Transportflugzeuge zu beschaffen. Und es endete mit fast einer Milliarde verschwendeter Steuerfranken für ein unbrauchbares elektronisches Führungssystem (FIS). Gut im Land verankerte defensive Strukturen der Logistik und der Territorialtruppen wurden zerstört, bestens erhaltene Waffensysteme verschrottet.

Verzweifelte Suche nach Kriegsschauplätzen

US-Offiziere inspizieren inzwischen solche «Fortschritte» in der Anpassung der Schweiz an «Nato-Standards» laufend von aussen. Von innen propagieren Schweizer Militär-Diplomaten verstärkte «Interoperabilität» mit der Nato. Sie fordern ein militärisches «Rahmenabkommen» mit der EU. Und sie suchen permanent nach neuen Einsatzgebieten für bewaffnete Schweizer Verbände im Ausland.

Auch dies eine verkehrte Welt: Da ziehen nicht Schweizer Miliz-Soldaten ins Feld, weil dem Land Krieg droht. Nein, Schweizer Diplomaten suchen mitten im Frieden für temporäre Berufssoldaten weltweit irgendwelche Kriegsschauplätze. Die geplante Teilnahme von Schweizer Truppen an der Piratenjagd auf hoher See vor Somalia («Atalanta») folgte demselben verqueren Schema.

Friede, Freude, Friedens-Kriege

Der Grund für diese Irrungen: Schon zu Ogis Zeiten hatten die Armeeplaner aufgehört, ihre Reformen auf die speziellen Gegebenheiten der Schweiz auszurichten. Dafür manövrierten sie das Land per Staatsvertrag zwischen dem Bundes-

rat und der US-Regierung in eine «Friedenspartnerschaft» mit der Nato (PfP) hinein. Ohne Volksabstimmung, hinterrücks. Jetzt propagieren sie in Nato-Kreisen gross «demokratische Kontrolle der Streitkräfte». Das ist hohle Propaganda: Könnte die Bevölkerung in den Nato-

«Für die sonst kritischen Linken kommt Solidarität mit der weiten Welt inzwischen aus den Gewehrläufen.»

Ländern je demokratisch über deren Teilnahme an den Kriegen im Irak und in Afghanistan abstimmen, stünde die US-Army sehr schnell allein in diesen Schlammassen.

Und je mehr die neue Nato zum Kriegspakt verkommt, desto lauter zelebriert sie «Friedens»-Formeln: Friedens-Partnerschaft, Friedens-Operationen, Friedens-Soldaten. Und als umfassende Klammer der Slogan: «Sicherheit durch Kooperation». 2008 hat sich in Georgien gezeigt, wie viel «Sicherheit» die enge Kooperation mit hunderten von US- und Nato-Beratern im Notfall bringt. Für kritische Fachleute ist längst klar: PfP ist nur ein schlaues Konzept, mit dem die Nato kleine unabhängige Staaten für ihre Zwecke an sich binden will.

Doch Politiker der Mitte-Parteien CVP und FDP fallen darauf herein. SP-Politikerinnen ebenso: Für die sonst kritischen Linken kommt Solidarität mit der weiten Welt inzwischen aus den Gewehrläufen. Sie unterliegen einer fahrlässig bis mutwillig falschen Beurteilung der Lage der Schweiz. Diese Lage unterscheidet sich

grundlegend von jener einer Grossmacht, wie etwa den USA, die mit Kosten von nunmehr über 700 Milliarden Dollar im Jahr permanent Kriege führen.

Verheerende Besetzungen

Derlei bewaffnete Interventionspolitik erfordert modernste Waffensysteme, teures Material, eine enorm aufwändige Logistik und professionelle Besatzungssoldaten – neuerdings gar wieder Söldner. Sie ist stets ein Anzeichen aussenpolitischer Schwäche. Und meistens scheitert sie: Die Amerikaner haben es in Vietnam ebenso erfahren wie die Russen in Afghanistan. Der neue Krieg in diesem geschundenen Land führt uns das Elend der Besatzungstruppen täglich vor Augen – trotz massiver Propaganda und Medien-Kontrolle über «eingebettete» Journalisten. Fakt ist: Besatzungstruppen hinterlassen massive Zerstörung und Elend im angegriffenen Land. Und Heerscharen getöteter Menschen sowie physisch oder psychisch verkrüppelter Veteranen.

Davon kann die Schweizer Armee mit ihrem 4,5 Milliarden-Budget nichts lernen – als Hilfstruppe in fremden Besatzungsarmeen schon gar nicht. Mehr noch: Für den Kleinstaat Schweiz ist das Konzept «Neutralität, Milizprinzip und Wehrpflicht» ohne Alternative. Das Land hat darum nach seinem letzten missratenen Feldzüglein gegen Napoleon in Richtung Belfort um 1815 fast 200 Jahre lang auf jegliche Interventionspolitik verzichtet. Auch aus der Erkenntnis heraus, dass der hoch entwickelte Rechtsstaat sein Tötungsverbot nur ausser Kraft setzen und von seinen Bürgern den Einsatz

«Fakt ist: Besatzungstruppen hinterlassen massive Zerstörung und Elend im angegriffenen Land.»

ihres Lebens verlangen darf, wenn ihm Kriegsgefahr droht. Das neutral-defensiven Schweizer Konzept ist ein konkreter Entwicklungsschritt hin zu nachhaltiger Friedenspolitik. Projektbezogene Militär-Kooperation mit unmittelbaren Nachbarstaaten steht ihm ebenso wenig entgegen, wie rasche Katastrophenhilfe im In- und im Ausland. Der Erfolg dieses Konzepts ist offensichtlich.

Die beste Armee im eigenen Gelände

Ogi und Schmid wollten dennoch in Richtung Nato-Pakt und «Einsatzarmee» schleichend davon abweichen. Ihr Rückschritt ins 18. Jahrhundert ist gescheitert – und hat massive Schäden hinterlassen. Bundesrat Ueli Maurer ist nun seit über

«Das neutral-defensive Schweizer Konzept ist ein konkreter Entwicklungsschritt hin zu nachhaltiger Friedenspolitik.»

zwei Jahren am Reparieren. Die Atalanta-Übung hat er mit viel politischem Geschick im Parlament versenkt. Den Elektronik-Unfug namens FIS hat er rasch gestoppt. Die Helikopter aus Bosnien zurück beordert.

Maurer hat noch viel zu tun. Er hat aber auch gute Chancen: Eine rein defensive Armee hat im eigenen Gelände, getragen von der Bevölkerung, enorme Vorteile. Das hat der Sieg Vietnams über die US-Besatzungstruppen gezeigt. Oder in jüngster Zeit der Erfolg der bescheiden bewaffneten Hizbollah-Verbände in ihrem Abwehrkampf gegen die hochgerüstete israelische Armee nach deren Angriff auf den Libanon.

Flexibel und kostengünstig

Die Schweizer Armee ist zudem sehr flexibel: In ruhiger Lage, wie jetzt, kann sie ihre Rüstungserneuerung problemlos verlangsamen. Für Luftpolizeieinsätze etwa ist ihre Luftwaffe noch lange gut. Maurers Verschiebung des TTE macht darum Sinn – und spart mehrere hundert Millionen jährlich. Einsparungen sind auch in der Verwaltung bei den aufgeblähten Planungs- und Rüstungsstäben möglich.

Und bei der Truppe. Nicht in Richtung einer kleinen und professionellen Armee jedoch, wie sie die Nato-Anpasser und Interventionisten fordern. Sondern umgekehrt: Bei leicht verringertem Truppenbestand auf 100 000 aktive Mann und einer gleich grossen Reserve könnte die Gesamtdienstzeit der Milizsoldaten von 270 Tagen bis auf die Hälfte gekürzt werden. Sieben bis zehn Wochen RS und

dann noch drei bis vier WKS bis zum 34. Altersjahr: Das böte im Falle erhöhter Gefahr personell eine solide Aufwuchsgrundlage – aber doch viel kleinere Betriebskosten in Friedenzeiten und eine massive Entlastung der Wirtschaft und der Dienstpflichtigen.

Armee-Fonds für gefährliche Zeiten

Ob das so eingesparte Geld teils in einen «Armee-Fonds» fließen könnte, wie ihn Bundesrat Pascal Couchepin schon angelegt hat, muss geprüft werden: Der Fonds würde mit 500 bis 700 Millionen jährlich bei der Nationalbank geäufnet. Im Unterschied zu teuren Waffensystemen würde er sich kaum entwerten. Und bei sich abzeichnender Gefahr könnte ihn die Armee für forcierte Aufrüstung, Ausbildung und Aufwuchs verwenden.

Fazit

Ogis Konzept «Sicherheit durch Kooperation» funktioniert für die neutrale Schweiz nicht – es ist gescheitert. Bei den Debatten um Maurers Sicherheits- und Armeieberichte müssen darum die fundamentalen Unterschiede zwischen offen-

«In ruhiger Lage könnte die Gesamtdienstzeit der Milizsoldaten von 270 Tagen flexibel bis auf die Hälfte verringert werden.»

siver Grossmacht und defensivem Kleinstaat ins Zentrum rücken. Denn gerade für den Kleinstaat gilt bis heute der Grundsatz des Alten Fritz, dass er «gar nichts defendiert», wenn er – von Zürich über Pristina und Djibouti bis nach Kandahar am Hindukusch – «alles defendieren will». ■



Oblt d Pz Trp aD
Niklaus Ramseyer
Redaktor BR
3014 Bern